

Streit um FDJ-Propaganda-Aktion

Volkspolizei gegen antimilitaristische Thesen — Scharfe Antwort der FDJ

Ernste Meinungsverschiedenheiten, bei denen die kommunistische Jugendorganisation unterlegen ist, wurden in den letzten Tagen zwischen der Kasernierten Volkspolizei und der FDJ ausgetragen. Ursache war die FDJ-Gedenkwoche „50 Jahre Arbeiterjugendbewegung“. Die FDJ hatte diese mit einer auffallend antimilitaristischen Kampagne eingeleitet und ihren zahlreichen Versammlungen die Thesen des später durch den Verrat Wilhelm Piecks ermordeten KP-Führers Karl Liebknecht vorangestellt. Von den Jugendlichen wurden diese Thesen zum Angriff gegen die auf Hochtouren laufende Volkspolizei-Rekrutwerbung ausgenutzt.

Die erste Panne passierte der FDJ in einem Ostberliner Reichsbahnausbesserungswerk. Dort sollte unter der Losung „Nie wieder Militarismus! Antimilitarismus ist das Feldgeschrei!“ eine Kundgebung der Ostberliner Jugend durchgeführt werden. Zu spät merkten die Veranstalter, daß dieses Werk einer der Hauptstützpunkte der fliegenden KVP-Werbestellen ist.

Die Jugendlichen erfaßten sofort den Widersinn dieser Veranstaltung. Immer, wenn in den Referaten die heute recht zweischneidigen antimilitaristischen Thesen Liebknechts zitiert wurden, gab es demonstrativen Beifall, während die pseudopatriotischen Parolen über die Verteidigung der Heimat und den „nationalen Befreiungskampf“ mit eisigem Schweigen quittiert wurden.

„Militanter Antimilitarismus“

Nach diesem Reifall wurde die Ostberliner FDJ-Kreisleitungen eine „Argumentationsanweisung“ herausgegeben, die in ihrer Art einmalig ist. „Es ist wahr“, heißt es darin, „daß wir für den Antimilitarismus sind. Aber nicht für einen pazifistischen, sondern für einen kämpferischen Antimilitarismus. Erst durch die Stalinschen Begriffserklärungen über den Cha-

rakter imperialistischer Streitkräfte kann unseren Freunden klargemacht werden, daß es auch einen ‚militanten Antimilitarismus‘ geben kann.“

Die unteren FDJ-Leitungen mögen zusehen, wie sie mit dieser verlegenen Deutung fertig werden. Zur Zeit können sie es noch nicht. In den Ostberliner Betrieben, in denen die KVP-Werber bereits feste Büros bezogen haben, hängen die Plakate zum 50. Jahrestag der Arbeiterjugendbewegung und sprechen der sowjetzonalen Remilitarisierung Hohn.

Nun haben sich die Kreiswerbekommissionen der KVP eingeschaltet. Sie behaupten, übelwollende FDJ-Funktionäre hätten die Diskussionen absichtlich auf ein „KVP-feindliches Gleis“ gelenkt. Als Beweis präsentieren sie Zahlen: Im Bezirk Prenzlaue Berg ist die KVP-Werbung innerhalb eines Monats (solange lief die vorbereitende FDJ-Kampagne) um 60 Prozent abgesunken. Die Werbestelle Pappelallee hat in der Zeit vom 10. 9. bis 6. 10. insgesamt ganze drei FDJler für die Kasernierte VPI verpflichtet können.

Protest gegen Protest

Die FDJ hat, wie gesagt, klein beigegeben. Die Liebknecht-Thesen sollen jetzt nur noch von der Westberliner FDJ im SED-

Wahlkampf in Westberlin verwendet werden und außerdem von der westdeutschen illegalen FDJ für die KP-Propaganda. Allerdings hat die Ostberliner FDJ-Bezirksleitung es sich nicht nehmen lassen, gegen den KVP-Protest wenigstens ein wenig zu murren.

„Der bisher ungenügende Erfolg der KVP-Werbung“, so erklärte die FDJ-Leitung der Bezirkswerbekommission in der Schönhauser Allee, „liegt wesentlich mehr an den oft abschreckenden Methoden der mit der Werbung beauftragten Genossen in der KVP. Während sich die FDJ-Leitungen alle Mühe geben, den Unterschied zwischen unserer antimilitaristischen Armee und einem westdeutschen Militarismus zu erläutern, treten die Genossen der KVP mitunter derart ‚zackig‘ und betont militärisch auf, daß die Jugendlichen von selber zu uns kommen und darauf aufmerksam machen.“ Die FDJ rät hier, sich die Kommissarieren der Kasernierten Volkspolizei wenigstens in den Werbelokalen abzugewöhnen und für die mecklenburgischen Kasernenhöfe aufzusparen.

Immerhin ist dieser fehlgeschlagene Gedenktag ein Symptom gewesen, das die FDJ ganz richtig zu deuten wußte, wenn sie abschließend erklärte: „Es ist, als ob viele Jugendliche nur auf ein Stichwort warten, um Argumente gegen die KVP ins Treffen zu führen.“ Diese Argumente, das stellte die Bezirksleitung selbstkritisch fest, wurden durch „eine falsche Placierung der damals aktuellen Mahnungen Liebknechts gefördert.“

Ernste Mahnung aus England

DT. Auf der Bühne des großen Welttheaters hat es in den letzten Tagen rings um die Londoner Beschlüsse rhetorische Auftritte fast aller wichtigen Akteure gegeben. Molotow, Eden, Mendès-France, Adenauer und Churchill, Parlamente und Parteikongresse haben sich mit dem Deutschlandproblem befaßt, das der britische Außenminister das Hauptproblem der Beziehungen zur kommunistischen Welt genannt hat.

Es ist dieser Tage immer wieder gesagt worden, daß die friedliche Lösung, die wir fordern, nur im Einvernehmen zwischen Ost und West herbeigeführt werden kann. Wir wissen aber auch, daß dieses Einvernehmen eine politische Einigung und militärische Stärkung des Westens unerbittlich voraussetzt. Die Londoner Beschlüsse bedeuten sicher einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur Erfüllung dieser Voraussetzung. Auf diesen Weg wird indessen noch manche diplomatische „Bombe“ Moskaus fallen. Das wird die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten leider noch vermehren. Die Berliner Rede Molotows war hierzu nur der bescheidene Anfang.

Neue Wendung in Paris

Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in den Einzelheiten, die nach den Londoner Richtlinien noch vertraglich formuliert werden müssen, sondern vor allem auch in der Haltung der französischen Nationalversammlung.

Dieses Mal sind es die „Europäer“ im Pariser Parlament, von denen der Widerstand kommt. Während den Gegnern der EVG, die Ende August den Sieg davontrugen, dieses Instrument gemeinsamer europäischer Verteidigung zu „supernational“ war, ist den „Europäern“ der in London vereinbarte deutsche Verteidigungsbeitrag zu „national“.

Infolgedessen wurden die Chancen für Mendès-France zunächst nur mit „50 : 50“ bewertet. Aber jetzt sieht es so aus, als werde es dem französischen

Regierungschef doch gelingen, die Abstimmung über die Vertrauensfrage mit absoluter Mehrheit zu gewinnen. Diese entscheidende Wendung trat ein, als der Vorstand der Sozialisten nach mehrstündiger Sitzung beschloß, die sozialistischen Abgeordneten aufzufordern, für Mendès-France zu stimmen. Neben den Volksrepublikanern, die noch unschlüssig sind, hatten die Sozialisten in erster Linie die Auseinandersetzung mit Mendès-France geführt.

Nach dem jetzigen Stand der Dinge kann Mendès-France auf die Stimmen der meisten Sozialisten und Radikalsozialisten, fast der gesamten Widerstandsunion, der Mehrheit der gemäßigten Rechten und der Mehrheit der Gaullisten zählen. Auf jeden Fall gegen Mendès-France werden die Kommunisten und ein Teil der Volksrepublikaner stimmen.

Die Gegner von Mendès-France sollten sich, wenn sie wirklich europäisch denken, die Konsequenzen ihrer Haltung wohl überlegen. Eden hat vor einigen Tagen erklärt, daß die Folgen eines Scheiterns der Londoner Beschlüsse für Europa „schrecklich“ sein würden. Churchill hat diese Warnung noch verstärkt und jedes weitere Zugeständnis an Frankreich kategorisch abgelehnt.

Kollektive Sicherheit?

Von dem französischen Sozialisten Guy Mollet stammt aus den letzten Debatten der Nationalversammlung die Äußerung, daß die Durchführung der Londoner Beschlüsse keineswegs Verhandlungen mit der Sowjetunion ausschließe. Die Sowjetunion werde, so meinte er, nicht zu wirklichen Verhandlungen bereit sein, solange sie es mit einem europäischen „Staaten-Mosaik“ zu tun habe; erst wenn die europäischen Staaten sich geeinigt hätten, sei der Weg zu echten internationalen Verhandlungen frei.

Es ist schade, daß diese realistische Einsicht der französischen Sozialisten von den deutschen Sozialdemokraten nicht geteilt wird. Sie glauben auch ohne die hier gemachte Voraussetzung an die Möglichkeit und den Erfolg neuer Verhandlungen mit den Sowjets und auch an

die Möglichkeit eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems.

In einem kollektiven Sicherheitssystem, das heute grundsätzlicher Bestandteil der außenpolitischen Konzeption der SPD ist, liegen zweifellos gewisse Chancen. Von westlicher Seite ist dieser Gedanke bereits in die internationale Debatte geworfen worden — von Churchill in Erinnerung an den alten Locarno-Pakt und von Adenauer derart, daß er einen Sicherheitspakt zwischen dem Ostblock und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft empfahl. Die SPD scheint dagegen anzunehmen, daß ein solches Sicherheitssystem von selbständig handelnden Einzelstaaten getragen sein würde, die nicht wieder in einen östlichen und westlichen Block geteilt seien. Solche Blockbildungen glaubt sie vielmehr gerade durch das kollektive System auflösen und überwinden zu können.

Gefährlicher Irrtum

Hier begeht sie jedoch einen gefährlichen Irrtum. Auch als Partner eines solchen Sicherheitssystems werden die Sowjetunion und ihre Satelliten niemals aufhören, ein Block zu sein, der in allen seinen Teilen von der Moskauer Zentrale einheitlich gelenkt wird. Beim Ostblock handelt es sich nämlich nicht um Länder, die eine kommunistische Partei besitzen, sondern um die kommunistische Partei, die diese Länder besitzt. Die Auflösung dieses Blockes in einzelne, völlig selbständig handelnde Partner des Sicherheitssystems ist also unvorstellbar. Die Ausgeglichenheit der Machtverhältnisse, ohne die ein solches System nicht funktioniert, könnte deshalb nur durch eine entsprechende Zusammenfassung auch der europäischen Länder zu einer gemeinsamen Politik und Verteidigungskraft gesichert werden.

Die Churchill-Linie

Wie immer man das Deutschlandproblem als das Hauptproblem der ost-westlichen Spannung betrachten mag: es gibt heute für die Bemühungen um seine Lösung keinen anderen Weg, als den Empfehlungen Churchills zu folgen. Mit einer fast beschwörenden Beredsam-

Fortsetzung auf Seite 3

Bekennnis zur Einheit Deutschlands

Adenauer zum Ergebnis der Neun-Mächte-Konferenz

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag hat nach einer elfstündigen Aussprache die Außenpolitik der Bundesregierung und das Ergebnis der Londoner Verhandlungen mit den Stimmen der Regierungsparteien gebilligt. Er stimmte den Richtlinien der Regierungserklärung zu, die Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Ergebnis der Londoner Konferenz abgegeben hatte.

Gleichzeitig bekräftigte das Plenum in einer Entschliebung erneut sein Bekenntnis zur Einigung Europas, zur Bewahrung des Friedens und zur Sicherung der Freiheit des deutschen Volkes in der Gemeinschaft der freien Welt. Im Erreichen dieses Zieles liege die Voraussetzung für die baldige Wiedervereinigung Deutschlands ohne Gewalt, mit den Mitteln des Friedens.

In seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer festgestellt, daß die Einheit Europas das unverrückbare Ziel der deutschen Außenpolitik bleibe. Die Zusammenarbeit mit den Londoner Vertragspartnern bei den weiteren Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit verbürge Aussicht auf Erfolg.

Der Bundeskanzler hob hervor, daß in London die Grundlagen für eine Arbeitsgemeinschaft der europäischen und atlantischen Welt gelegt worden seien. Auf ihnen müsse nun das Gebäude einer immer engeren Zusammenarbeit errichtet werden.

Ernste Mahnung aus England

Fortsetzung von Seite 2

keint hat der „große alte Mann“ Englands nochmals das genannt, worauf es ankommt: die echte Aussöhnung des Westens mit dem deutschen Volke, und zugleich die geduldige Prüfung der Möglichkeit, auch mit dem russischen Volk zu einem friedlichen Zusammenleben zu gelangen. Diese letzte Frage ist gerade von Churchill immer wieder an die sowjetischen Machthaber gestellt worden. Gerade weil sie bisher keine überzeugende Antwort erhalten hat, fordert Churchill, den noch immer bedrohten Frieden so durch Stärke zu sichern, daß wir niemals das Risiko laufen, aus Schwäche unterworfen zu werden.

Als wesentliches Ergebnis der Besprechungen stellte Adenauer heraus, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben werde.

Die deutsche Delegation habe bei den Verhandlungen über den Status Berlins sich besonders für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Freiheit der ehemaligen Reichshauptstadt eingesetzt. Wenn das Besatzungsregime dort aufrechterhalten werden müsse, dann nur aus dem Grunde, weil dies zur Sicherung der Freiheit in Berlin erforderlich sei.

Im Vergleich zu der innerhalb der EVG getroffenen Regelung seien für Deutschland folgende Vorteile erzielt worden:

1. Die zivile Atomforschung

Anklage gegen 100 FDJ-Funktionäre

Düsseldorf (AP). Bei einer Polizeiaktion gegen Funktionäre und Mitglieder der verbotenen kommunistischen FDJ sind in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen 60 Haussuchungen

und Ausnutzung von Atomenergien sollen frei werden.

2. Alle Waffen, die die deutschen Truppen brauchen, dürfen auch in Deutschland hergestellt werden. Die Flugzeugproduktion für militärische Zwecke, abgesehen von strategischen Langstreckenbomben, ist frei.

Adenauer wies dann darauf hin, daß die Londoner Abmachungen in den bevorstehenden Verhandlungen erst noch in Verträgen ausgearbeitet werden müssen. Ihre Unterzeichnung soll in der zweiten Oktoberhälfte erfolgen.

NATO-Rat einberufen

Paris (AP). Der ständige NATO-Rat in Paris hat den NATO-Ministerrat zur Beschlußfassung über die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO für den 22. Oktober einberufen.

Einen Tag vorher kommen die Außenminister der neun an der Londoner Konferenz beteiligten Mächte zusammen, um über die endgültigen Bestimmungen für die Aufnahme Deutschlands und Italiens in den Brüsseler Pakt und die deutsche Wiederbewaffnung zu beschließen.

und über 20 Festnahmen erfolgt. Dies teilte die Landesregierung mit. Dabei sei umfangreiches Beweismaterial sichergestellt worden.

Unter den Festgenommenen befanden sich auch einige Spitzenfunktionäre. Insgesamt müssen jetzt über 100 Funktionäre und Mitglieder der FDJ aus dem neuen oder aus früheren Ermittlungsverfahren in Nordrhein-Westfalen mit Anklage durch die Staatsanwaltschaft rechnen.

306 000 neue Wohnungen

Wiesbaden (DPA). Wie das Statistische Bundesamt jetzt bekanntgab, sind 1953 über eine Million Menschen in 306 000 Wohnungen untergebracht worden, die mit öffentlichen Mitteln im Bundesgebiet neu gebaut wurden.

Davon entfielen 43,5 Prozent auf Heimatvertriebene und 15,8 Prozent auf Sachgeschädigte und Evakuierte.

Aktion gegen KP-Zentrale

Düsseldorf (DPA/AP). Die bisher größte Polizeiaktion gegen die KP ist am Dienstag in Düsseldorf schlagartig durchgeführt worden. Auf Grund einer richterlichen Anordnung des Düsseldorfer Amtsgerichts wurden die Gebäude des Bundesvorstandes, des Landesvorstandes und der Kreisleitung der KP sowie des Partei-Zentralorgans „Freies Volk“ durchsucht.

Es wurden große Mengen von Druckschriften und Akten sicher gestellt. Die Aktion, bei der über hundert Polizeibeamte mitwirkten, war kurz nach 15 Uhr beendet.

Interzonen-Rückfahrkarten?

Bundesbahn verhandelt in Ostberlin

Berlin (DPA). Eine Fahrplan-Konferenz zwischen Vertretern der Deutschen Bundesbahn und der sowjetischen Eisenbahnverwaltung wird vom 25. bis 30. Oktober im Ostsektor stattfinden. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Verbesserungen im Interzonenreisezugverkehr für den Sommerfahrplan 1955.

Insbesondere soll erreicht werden, daß je eine Tagesverbindung auf den Strecken Berlin und Frankfurt/M. sowie Berlin und München zur Ergänzung der bisher nur während der Nacht gefahrenen D-Züge eingerichtet wird. Auch soll auf der Strecke Berlin-Köln außer den zur Zeit nur bei Tage gefahrenen D-Zügen ein Nacht-D-Zug eingesetzt werden. Von Bedeutung werden auch die Beratungen über die Einführung der bei der Bundesbahn üblichen Ermäßigungen, insbesondere der Rückfahrkarten auch im Interzonenverkehr, sein.

Die sowjetzonale Eisenbahnverwaltung hat zugesagt, im Winter für eine Beheizung und ausreichende Beleuchtung der Züge während der Durchfahrt durch die Zone zu sorgen.

Urlaubssperre für SSD

Berlin (Eigenmeldung). Für sämtliche SSD-Angehörigen besteht auf Grund einer Verfügung des Staatssekretariats für Staatssicherheit für die Zeit vom 10. bis 22. Oktober eine generelle Urlaubssperre. In der Begründung zu dieser Maßnahme heißt es,

Hoffnung für die Gefangenen

Rücktransport aus der Sowjetunion?

Hamburg (DPA) Wie der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes mitteilte, scheint begründete Hoffnung für die Rückkehr der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu bestehen.

In den Lagern Swerdlowsk und Potma sind jetzt, Briefen von Kriegesgefangenen zufolge, Kriegsverurteilte zusammengezogen worden, die bisher in Strafvollzugs-Lagern untergebracht waren. In diesen Straflagern, vor allem in Karaganda, Workuta und Taischet, mußten

sie unter besonders schweren Lebensverhältnissen mit russischen Zivilhäftlingen arbeiten. Aus der Tatsache der Verlegung in die normalen Kriegsgefangenenlager zieht das DRK günstige Schlüsse für die Zukunft der noch Zurückgehaltenen.

UN-Bericht über Kriegsgefangene

New York (AP/DPA). Die UN-Kommission für Kriegsgefangenenfragen veröffentlichte einen Bericht über ihre Tätigkeit und appellierte an jedes Land, die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen freizugeben bzw. genaue Angaben über deren Schicksal zu machen.

In dem Bericht heißt es, daß nach deutschen, italienischen und japanischen Angaben immer noch mehr als 150 000 Menschen als Gefangene in den Ostblockstaaten zurückgehalten werden. Mehr als 1,2 Millionen Menschen aus diesen Ländern werden noch vermißt.

Für Deutschland nennt die Kommission folgende Zahlen: 9210 Kriegsgefangene und 129 000 Zivilisten in der Sowjetunion, 2812 Kriegsgefangene und 8243 Zivilisten in der Tschechoslowakei, 1623 Kriegsgefangene und 9810 Zivilisten in Polen. Außerdem werden nach französischen Unterlagen noch 1451 Deutsche in Frankreich zurückgehalten.

daß die Durchführung der „Volkswahlen“ eine erhöhte Wachsamkeit der Sicherheitsorgane erfordere, um „eventuell geplante Provokationen und Sabotageakte durch westliche Spionageorganisationen im Keime ersticken zu können.“

Die Kollegen bespitzelt

Berlin (Eigenmeldung). Wegen Agententätigkeit für den SSD wurde von der Kriminalpolizei der 20jährige Wolfgang K. in einem Westberliner Flüchtlingslager verhaftet. Bei der Vernehmung gab er zu, eine Spitzelverpflichtung des SSD unterschrieben und Arbeitskollegen in einem volkseigenen Betrieb im Ostsektor überwacht zu haben.

Vorarbeit für Wiedervereinigung

Berlin (Eigenmeldung). Am 11. und 12. Oktober 1954 fand im Bundeshaus Berlin eine Plenarsitzung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands statt. Der Forschungsbeirat behandelte u. a. Fragen aus den Gebieten des Außenhandels und des Verkehrswesens in der sowjetischen Besatzungszone.

Fahrten zu Kriegsgräbern

Kassel (DPA). Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel bereitet für November Reisen zu den deutschen Soldatenfriedhöfen Lommel (Belgien) und Ijsselstein (Holland)

vor. Vom 12. bis 14. November ist eine Gemeinschaftsreise nach Andilly (Frankreich) vorgesehen.

Sonne betreibt Sender

London (AP). Bei Experimenten in Großbritannien ist es gelungen, die Sonnenenergie für den Betrieb eines Rundfunksenders auszunutzen. Dies berichtet der britische Informationsdienst.

Der Sender, in dem statt der herkömmlichen Röhren Transistoren verwendet werden, arbeitet auf einer Wellenlänge von 164 Meter und bezieht seine Energie über 16 Fotozellen direkt von der Sonne.

Fünf Jahre Pankow — eine Million Flüchtlinge

Was in den Festreden nicht erwähnt wurde — Das große Prominentensterben

Es muß noch einiges nachgetragen werden, das in den östlichen Ansprachen, Zeitungsartikeln und Proklamationen zum fünften Jahrestag des Sowjetzonen-Regimes unerwähnt blieb. Die laut herausgestellten Erfolge sollten die Statistik des menschlichen Leides übertönen, unter dem sich die Errichtung eines der merkwürdigsten pseudostaatlichen Gebilde der neueren Zeit vollzog.

Das Schicksal der Sowjetzone spiegelt sich vor allem in dem gewaltigen Abwanderungsgefälle nach dem Westen. Vielleicht werden erst spätere Generationen begreifen können, wie beispiellos das Ausmaß der innerdeutschen Bevölkerungsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg ist.

Alllein seit 1949, also seit dem Jahre der Gründung der „DDR“, flüchteten mehr als 1 150 000 Sowjetzonen-Bewohner in die Notaufnahmelager des Westens. Welche ungeheure Anklage in der Ziffer steckt, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß diese Abwanderung einer restlosen Entvölkerung der Städte und Stadtkreise Leipzig, Halle und Magdeburg entspricht.

10 000 Volkspolizisten

Sehr groß ist der Anteil der Jugendlichen unter den Flüchtlingen. So unbestreitbar auch die Tatsache ist, daß das Regime mit einem gewissen Erfolg die Jugend nach Hitlers Vorbild zu gewinnen sucht, so falsch wäre es auf der anderen Seite, diese Erfolge zu verallgemeinern. Hierfür bürgt die Zahl von 83 565 Jugendlichen, die von 1953 bis zum August dieses Jahres Antrag auf Notaufnahme stellten. Diese Jugend, der die Hauptbemühungen der Bolschewisierungsversuche zugeordnet waren, sollte einst Träger des „Staates“ werden, wobei der russisch uniformierte Volkspolizist als ideales Vorbild galt. Wie weit aber selbst er davon entfernt ist, das festgefügte Rückgrat des kommunistischen Machtapparates zu bilden, geht daraus hervor, daß seit Beginn des Jahres 1951 rund zehntausend Volkspolizisten in Richtung Westen das Weite suchten. Zehntausend Volkspolizisten — das

entspricht der Stärke einer sowjetischen Infanterie-Division!

Fünf Jahre Pankower Regime, das heißt auch fünf Jahre großes Prominentensterben. Die Minister Dertinger (Ost-CDU), Hamann (LDP) und Fechner (SED) wurden verhaftet und — bis auf Fechner, der noch seiner Aburteilung entgeht — zu 10 bzw. 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 10 bzw. 6 Jahre Zuchthaus erhielten die Staatssekretäre Brandt (Ost-CDU) und Baender (SED). Verhaftet und seitdem spurlos verschwunden ist der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Merker (SED).

Ein Gotteshaus in Stalinstadt ...

Nach langen Verhandlungen endlich eine Kirchenbaracke

Der erste September-Sonntag 1954 wird in der Geschichte der evangelischen Gemeinde von Stalinstadt, der „Ersten Sozialistischen Stadt“ der DDR, unvergessen bleiben. An diesem Tag erhielt die Gemeinde nach langen, schwierigen Verhandlungen zwischen Staat und Kirche ein eigenes Haus, die vom Evangelischen Hilfswerk gespendete Kirchenbaracke, die bis zum Bau einer massiven Kirche ihr Gotteshaus sein wird. Die Einweihung der Kirchenbaracke in Stalinstadt, der Wohnstadt des sog. Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg/Oder, ist eine Angelegenheit der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland. Von der feierlichen Einweihung erhielten wir folgenden Bericht:

Hunderte von Christen, nicht nur aus Stalinstadt, sondern auch aus zahlreichen Gemeinden der Umgebung, aus Frankfurt, Guben, Fürstenberg und den umliegenden Dörfern, warten vor dem Kreuz, das die weiße Giebelwand der Baracke als Gotteshaus kennzeichnet. Posausen spielen — eine Kirchen-

Vier Staatssekretäre, darunter der Chef von Piecks Präsidentskanzlei, Dr. Zuckermann (SED), flüchteten nach dem Westen. Das gleiche taten 14 Minister der früheren sowjetzonalen Landesregierungen, 25 Volkskammerabgeordnete und Hunderte von Abteilungsleitern, Referenten und Verwaltungsfunktionären.

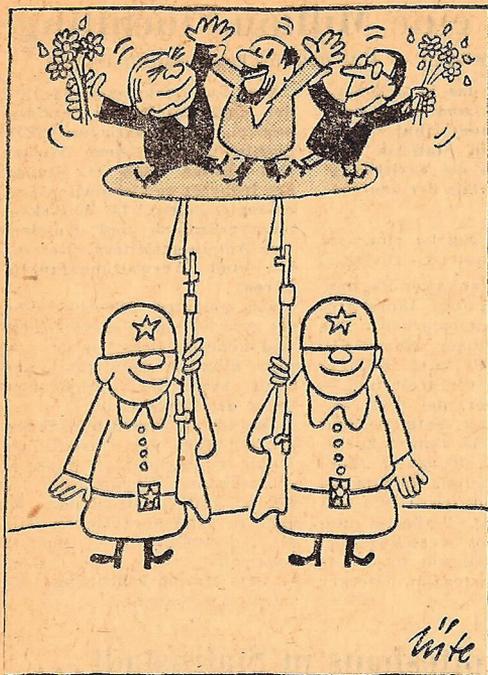
Ein genauer Überblick über die verhafteten „Volksvertreter“ und höheren Beamten ist noch nicht möglich. Erst recht ungezählt sind die Verhaftungen unter der Bevölkerung.

Das ist die eigentliche Bilanz, die anlässlich des 5. DDR-Jubiläums zu ziehen ist. Eine erschreckende Entwicklung in einem Teil Deutschlands, der sich in seinem offiziellen Titel als „demokratische“ Republik bezeichnet. Fünf Jahre Pankow — eine Million Flüchtlinge: das ist die Demokratie!

glocke gibt es in Stalinstadt noch nicht.

An diesem Tag sind nicht nur die 400 Sitzplätze der Kirchenbaracke, deren Fundament und Giebel massiv gebaut sind, besetzt. In den Gängen stehen dicht gedrängt die Menschen. Und die Kirchentüren am Eingang bleiben weit geöffnet, um auch die große Zahl derer, die nicht mehr Einlaß finden konnten, an der Verkündigung des Gotteswortes, das ein Lautsprecher ins Freie trägt, persönlich teilnehmen zu lassen. Durch die bunten, strahlenförmig gegliederten Scheiben eines runden Fensters fällt das Licht auf das hohe Kreuz hinter dem Altar und in den Raum.

Die schmerzlichen Geschehnisse, die langen Verhandlungen um die Genehmigung zum Bau dieser Stätte christlicher Verkündigung in Stalinstadt, finden in der Predigt des Generalsuperintendenten D. Dr. Günter Jacob nur am Rande Erwähnung. Die Gemeinde soll in dieser Stunde nicht klagend zurückschauen, sondern zu Lob und Dank aufgerufen werden.



5 JAHRE DDR

Wohnungen oder Kulturhäuser?

Daß die Fragen des Wohnungsbaues in der Sowjetzone seit Einstellung großer Bauvorhaben in den letzten Monaten besonders prekär geworden sind, ist bekannt. Während der SED-Wahlkampagne haben die Diskussionen darüber jedoch eine neue, interessante Variante gezeigt. Es ging um den oft geäußerten Wunsch: „Was sollen wir mit Kulturhäusern, die viel Geld kosten? Baut uns doch lieber Wohnungen dafür!“

Dagegen argumentierte die SED: „Der Arbeiter will solch ein Kulturhaus haben, selbst wenn er noch keine eigene oder eine sehr schlechte Wohnung hat!“ Stimmt das? Man nehme die Besucherzahlen eines mit ungewöhnlich hohen Kosten erbauten und ausgestatteten Kulturhauses in Berlin-Pankow: Juli 238, August 197, September 211. Und das waren meist auch nur Funktionäre, die einen Routinebesuch abstatteten. Wei-

cher Arbeiter würde sich in einem SED-Kulturhaus, unter der ständigen Kontrolle der Partei schon wohlfühlen?

Man hat errechnet, und die SED hat es bestätigt, daß für ein kleines Wohnbezirks-Kulturhaus 40 Wohnungen gebaut werden könnten. Das gäbe rund 200 zufriedene Staatsbürger, gerade so viel, wie monatlich im Höchstfalle in so ein Kulturhaus einmal hineinzugucken pflegen.

Die SED weiß jedoch, warum sie Kulturhäuser statt Wohnungen baut. Die Wohnung, das Heim, behindert das ersehnte Kollektiv. „Im Kulturhaus haben wir sie alle so schön beieinander“, sagen die Funktionäre, die dafür plädieren. „Nirgends können wir ungestörter agitieren!“ Und darum werden in der Zone immer wieder große Summen für den Bau von „Kulturhäusern“ vom Wohnungsbaufonds abgezweigt.

Sie feierten am Funkturm

Berlin (Eigenmeldung). Wie in den vergangenen Jahren hatte die Deutsche Industrieausstellung in den Messehallen am 7. Oktober, der in der Sowjetzone als Feiertag anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Sowjetzonenrepublik begangen wird, ihren stärksten Besuch aus Ostberlin und der Sowjetzone zu verzeichnen. Von 78 000 Besuchern kamen an diesem Tag 51 000 aus dem Ostsektor und der Sowjetzone.

Kurzbeinige ADN-Lüge

Bonn (AP). Der SPD-Vorstand hat am Montag in Bonn eine Meldung der Sowjetzonen-Nachrichtenagentur ADN als unrichtig zurückgewiesen, wonach Funktionäre und Mitglieder der SPD am vergangenen Freitag an gesamtdeutschen Gesprächen mit kommunistischen Funktionären und Ulbricht in Leipzig teilgenommen hätten.

Die Meldung sei frei erfunden, und man glaubt, daß im Rahmen des von der Sowjetzone zur Zeit forcierten Arbeiteraustauschs nach Leipzig gefahrene Arbeiter als Funktionäre und Mitglieder der SPD deklariert worden sind.

Sündenböcke gefunden

Berlin (AP). Das Bezirksgericht Rostock hat den Leiter des volkseigenen Gutes, Hohenluckow, Fritz Schmidt, zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er durch „unglaubliche Lotterwirtschaft“ einen Schaden von fast 140 000 Ostmark verursacht habe. Drei Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 6 und 10 Monaten. Durch die Schuld der Verurteilten sollen u. a. in einem einzigen Jahr 648 Schweine und 45 Milchkühe eingegangen sein.

Sommerkleider im Herbst

Moskau (DPA). Das sowjetische Parteiblatt „Prawda“ bedauerte dieser Tage in einem Artikel die „anomale Situation“, die dadurch entstanden sei, daß Sommerkleidung erst im Herbst und Winterkleidung im Frühjahr zu kaufen ist. Hinzu käme, daß einige Moskauer Textilfabriken Ware in so schlechter Qualität lieferten, daß die Käufer sie ablehnten.

Mit sieben Radaranlagen

Berlin (AP). Eine sowjetische Spezialeinheit mit sieben großen Radaranlagen, die an der Zonen-grenze eingesetzt werden soll, ist auf dem sowjetischen Flugplatz Parchim in Mecklenburg eingetroffen.

Flugzeuge zu verkaufen . . .

Erste Luftfahrtausstellung nach dem Kriege in München

Tatsächlich: Jetzt werden Flugzeuge zum Kauf angeboten. Es gibt neue und gebrauchte, für jeden Geldbeutel. Wenn die Bundesrepublik in Kürze die Souveränität erhalten hat, kann jeder Deutsche wieder fliegen. Auch mit dem eigenen Flugzeug. In einer Halle des Flughafens München-Riem, einem früheren Hangar der Lufthansa, findet zur Zeit die erste Flugzeugausstellung seit dem Kriege statt. Acht Maschinen, vom alten Sportflugzeug bis zur modernen, viersitzigen Reisemaschine, warten auf kaufkräftige Interessenten.

Da kostet die „Cessna 180“, ein komfortabler Viersitzer, 67 800 DM. Zur Ausrüstung gehören aber auch eine Funk-sprechanlage und ein Radio-kompaß. Auf 100 Kilometer verbraucht die Maschine, die in jeder gewünschten Farbe geliefert wird, rund 18 Liter Treibstoff, bei einer Reisegeschwindigkeit von 240 Stundenkilometer.

Für weniger Anspruchsvolle würde die italienische „Rondone F 4“ genügen. Der Zweisitzer ist für 22 000 DM zu haben. Er fliegt ebenso schnell wie die „Cessna“. „In anderthalb Stunden bin ich von Venedig überkommen“, berichtet der italienische Pilot.

Der Clou der Ausstellung ist ein Gebrauchflugzeug, das für sage und schreibe 4500 DM angeboten wird. Es ist eine im Jahre 1929 bei De Havilland in England gebaute „Tigermotte“, die während des letzten Krieges als Schulflugzeug ihre Dienste leistete und auch heute noch unverwüstlich ist. Fachleute nennen den kleinen Doppel-decker den „Dixie der Luft“. Er legt die Strecke München—

Düsseldorf in knapp vier Stunden zurück.

Das erste deutsche Sportflugzeug mit Motor war die „Möwe“ des Augsburger Konstrukteurs Heini Dittmar. Ursprünglich als Segelflugzeug gebaut, hatte man später einen Volkswagenmotor eingebaut. Bei Probeflügen im Saarland bauten die Franzosen den Motor jedoch wieder aus. Jetzt steht die „Möwe“ mit hohler Schnauze in Riem. Der Mo-

tor kann jederzeit wieder einmontiert werden. Die leichte Maschine würde dann 12 000 DM kosten.

Ein Kuriosum in der Flugzeugtechnik ist der „Playboy“, den der amerikanische Konstrukteur Ray Stits erfunden hat. Man kann den Zweisitzer nach besonderen Anleitungen selbst zusammenbauen, wie ein Spielzeugflugzeug für Kinder. Die Gesamtkosten dieses interessanten „Baukastens“: etwas über 5000 DM. Natürlich kann der „Playboy“ auch wieder zerlegt werden. Man braucht das Maschinchen also nicht auf dem Flughafen stationieren — die Parkmiete für Privatflugzeuge dürfte ziemlich hoch sein —, sondern kann die einzelnen Teile auch irgendwo in einem Schuppen unterbringen. Welche Aussichten!

750000 kamen zur Industrieausstellung

Fast 40% Ostbesucher — Vorbereitung für nächstes Jahr

Die deutsche Industrieausstellung 1954 hat ihre Tore geschlossen. Mit 750 000 Besuchern war sie noch erfolgreicher als die Industrieausstellung 1953. Aus dem Ostbereich kamen 38,8 v. H. der Besucher gegenüber 37 v. H. im Vorjahr. Die Anziehungskraft, die das „Schaufenster der Welt“ ausstrahlt, hat sich erneut erwiesen.

Es ist keine Frage, das wird von Ausstellern sowohl wie von Besuchern betont, daß der Gehalt der Ausstellung wieder umfangreicher und besser gewor-

den ist. Wenn man sich noch einmal die Hallen der Elektrotechnik oder die Gemeinschaftsstände der Kautschukindustrie, der Aluminiumzentrale, des Kupferinstituts oder der Eisen- und Stahlindustrie vor Augen hält, oder mit dem Blick auf die Möbelindustrie feststellt, welche Fortschritte hier gemacht wurden, kann man nur Worte hoher Anerkennung finden.

Unter ihnen waren, wie erwähnt, 38,8 v. H. Ostbesucher. Das ist um so höher zu werten, als die auch aus der Bundesrepublik und dem Ausland stärker besuchte Messe in Leipzig erst vor wenigen Wochen geschlossen hatte.

Gerade weil Leipzig aktiver geworden ist, wird die Rolle der Berliner Ausstellung als dem großen Vorposten der freien Welt um so bedeutsamer.

Der Ausstellungsbericht hebt das Interesse des Auslandes hervor. Auch dessen Ausstellerzahl hat sich erhöht. Besondere Beachtung fanden die unter eine tragende Idee gestellten Pavillons der USA und Großbritanniens.

Schon in nächster Zeit wird sich der Ausstellungsbeirat zu sammenfinden, um sich mit der 1955er Ausstellung zu beschäftigen.

Atomschau einen Monat verlängert

Die amerikanische Atom-Ausstellung im Marshall-Haus am Funkturm wird um einen Monat verlängert. Mit dem Ende der Industrieausstellung am 10. Oktober wurde die Atom-Schau vorübergehend geschlossen. Vom 16. Oktober an ist sie wieder für die Dauer eines Monats täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

Bischof von Pommern †

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Pommern, D. Karl von Scheven, ist am 7. Oktober in Bad Wiessee im Alter von 72 Jahren plötzlich verstorben. Von Scheven trat schon früh in den Dienst der pommerschen

Heimatkirche, für die er in langen Jahren verdienstvoll gewirkt hat. Die theologische Fakultät der Universität Greifswald verlieh ihm 1946 die Würde eines Ehrendoktors.

50 Jahre christliche Hospize

Berlin (DPA). Der Verband christlicher Hospize und Erholungsheime kann auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Vor 100 Jahren entstand die erste „Herberge zur Heimat“, die unbemittelten Reisenden ein sauberes Unterkommen gewährte. Daraus entwickelte sich dann das christliche Hospiz.

Exil-CDU zur Einheitswahl

Was sind freie Wahlen?

„Die Sowjetregierung drückt die Bereitschaft aus, sowohl die früher von den Teilnehmern der Berliner Konferenz gemachten wie auch mögliche neue Vorschläge zur Frage der freien gesamtdeutschen Wahlen zu erörtern“, erklärte der sowjetische Außenminister Molotow vergangene Woche in seiner Rede in Ostberlin. Es blieb dabei völlig offen, was die Sowjets eigentlich unter freien gesamtdeutschen Wahlen verstehen.

Meinte Molotow „Wahlen“, wie sie am 17. Oktober in der Sowjetzone durchgeführt werden, oder meinte er das, was

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

rade jetzt, angesichts der Einheitswahl in der Sowjetzone und Ostberlin, lohnt es, sich die Einzelheiten noch einmal aufzuzählen. Zu wirklich freien gesamtdeutschen Wahlen gehören:

Freizügigkeit innerhalb ganz Deutschlands;

Volle Freiheit für das Vorschlagen von Kandidaten;

Immunität der Kandidaten;

Freiheit vor willkürlicher Festnahme oder Verfolgung;

Freiheit, Vereinigungen zu bilden und politische Versammlungen abzuhalten;

Freiheit der Meinungsäußerung für alle;

Presse- und Rundfunkfreiheit und unbehinderte Verbreitung von Druckwerken in ganz Deutschland;

Geheime Stimmabgabe;

Sicherheit der Wahllokale und Wahlurnen;

Sicherung all dieser Freiheiten vor, während und nach der Wahl;

Aufsicht über die Freiheit der

Wahl durch eine Aufsichtskommission innerhalb ganz Deutschlands. Die Aufsichtskommission und die ihr unterstellten örtlichen Aufsichtskommissionen sollen aus Vertretern der vier Mächte mit oder ohne Teilnahme Neutraler bestehen.

Nur wo diese Sicherungen für die Freiheit des Wählers und der Wahl gegeben sind, kann man von wirklich freien gesamtdeutschen Wahlen sprechen. Die vom Westen immer wieder gestellte Frage, ob Moskau derartige Wahlen in der Zone zulassen will, hat Molotow bisher nicht beantwortet. Die Einheitswahlen vom 17. Oktober sind jedenfalls das Gegenteil davon. Daß sie stattfinden und wie sie stattfinden, ist höchstens ein Beweis dafür, daß der sowjetische Außenminister mit freien Wahlen nicht das meinte, was man in der freien Welt darunter versteht und was vor allem auch die Bevölkerung der Zone und Ostberlins fordert.

Die FDJ beschwerte sich

jeder freie Demokrat unter Wahlen versteht? Was freie Wahlen sind und was nicht — darüber ist zwischen Ost und West lange diskutiert worden. Die Westmächte haben Moskau mehrfach erklärt, daß freie Wahlen in ganz Deutschland — und zwar wirklich freie Wahlen — die Voraussetzung für die von den Sowjets gewünschten Vierergespräche sind.

Was der Westen mit dem Wort „freie Wahlen“ meint, hat der britische Außenminister Eden auf der Berliner Konferenz in seinem Deutschland-Plan präzise ausgedrückt. Ge-

Berlin (Eigenmeldung). Die FDJ hat sich, wie jetzt bekannt wurde, bei der Nationalen Front und der SED darüber beschwert, daß ihre Interessen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Volkskammer und die Bezirksstage nicht genügend berücksichtigt worden seien. In mehreren Bezirken habe man es zugelassen, daß die Ost-CDU und die LDP jüngere Kandidaten aufstellten. Das könne den Anschein erwecken, daß diese beiden Parteien sich der Jugend besonders annähmen. Tatsächlich sei es aber das Vorrecht

der FDJ, „die Interessen der Jugendlichen zu vertreten“.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.